

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUF

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Juli 1930

Nummer 26

Trotz dem schleichenden Fasziſten-Terror.

Eine Viertelmillion Arbeitsloſer im Hochſommer! Und naheinander Betriebsſtillegungen! Friedhofsrube in den großen Industriezentren. Arbeitsloſigkeit, Hunger, wohin man kommt.

Das kapitaliſtiſche System iſt offenſichtlich bankrott, ſteht offenſichtlich vor der ſinkenden Verfallnis.

Und die Bourgeoiſie, ſie will ſich und ihr System retten. Sie ſetzt ihren Stiefelabſatz tieriſcher, brutaler denn je, auf den Rücken des Proletariats, um aus den Leibern der Werktätigen den Lebensſaft herauszupreſſen, der das morſche kapitaliſtiſche System vor dem Untergang retten ſoll.

Alle Laſten wälzt die Bourgeoiſie ab. Alles, alles ſoll das Proletariat tragen. Selbſt die wenigen ſozialen Ausgaben, die biſher die Kapitaliſtenklaſſe geleiſtet hat.

Wir leiſten nichts mehr, ſchreit der Chor der Unternehmer. Verteuert den Arbeitern den Zucker. Das Mehl verteuere ihm alles. Er, der Prolet, ſoll zahlen. Raubt ihm die Fürſorgeeinrichtungen, raubt ihm die Arbeitsloſenunterſtützung.

Die revolutionäre Arbeiterpreſſe ſteht der Bourgeoiſie und ihrer Regierung bei ihrem Generalangriff gegen das Proletariat im Wege.

Deshalb die Verfolgung, die Unterdrückung, die Beſchlagnahmen, die Strafen!

Gegen dieſen Abwürgungsverſuch glauben die Laſajen der Bourgeoiſie, die Herren Staatsanwälte, daß die Arbeiter nicht ſtandhalten können, weil durch die Beſchlagnahmen und Strafen die Zeitung finanziell ruiniert wird.

Und Ihr wollt noch länger dulden . . .

Wahnsinnige Zollerhöhungen plant die Regierung. Das Eſſen, das Wohnen, die Bekleidung würden dadurch enorm verteuert werden.

Das Organ des Gremiums der Wiener Kaufmannſchaft ſagt dazu:

„300 Millionen Schilling hätte die Bevölkerung nur für das „tägliche Brot“ mehr als biſher zu zahlen, wenn das, was dem Parlament von der Regierung vorgelegt wurde, beſchloſſen und in Kraft geſetzt wird. Für den Kopf bedeutet dies 51 Schilling jährlich oder mehr als vier Schilling monatlich. Eine vierköpfige Familie müßte alſo bloß für dieſen Teil der Lebenshaltung jährlich 204 Schilling aufwenden.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. Juni kommt der Regierung entgegen. Während das Organ der Kaufmannſchaft errechnet, daß die Bevölkerung durch die Zölle um 300 Millionen Schilling beraubt wird, erklärt die „Arbeiter-Zeitung“, die Zollerhöhungen werden nur 80 Millionen Schilling ausmachen.

Dieſe Laſajen rechnen gut. Sie wiſſen, daß der empfindlichſte Punkt unſerer Poſition, das notwendige Geld zur Erhaltung der Preſſe iſt. Doch beweist den Laſajen, daß ſie ſich verrechnen.

In wenigen Tagen wird Genoffe Daniel wegen des Zeitartikels in Nr. 24, über die bekanntlich die Beſchlagnahme ausgeſprochen wurde, vor dem Schwurgericht ſtehen.

So folgt eine Unterdrückungsmaßnahme der andern.

Gegen dieſe finanziellen Abwürgungsverſuche des „Mahrufes“ gibt es ein Mittel:

Sammelt und ſpendet von nun an, ſo oft Ihr könnt, für den Preß-Straf-Fonds.

Die Gelder, die für dieſen Fonds einlaufen, wird die Verwaltung eigens ausweiſen und für die immer häufiger werdenden Verurteilungen und für etwaige Rechtsanwaltskosten zur Seite legen.

Arbeiter, Leiter des „Mahruf“, Genoffen!

Zeigt es den Feinden der Arbeiterklaſſe, daß ihr jeden Unterdrückungsverſuch des „Mahruf“ mit noch größerer Aufopferung, mit noch entſchiedenerem Kampfwillen beantwortet werdet.

Nicht die Laſajen der Bourgeoiſie, die Preſſekontaktsanwälte ſollen triumphieren.

Wir, die revolutionären Arbeiter, wollen triumphieren, indem wir den „Mahruf“ halten

trotz aller Verfolgungen!

Da die Nachbarſtaaten einem Getreidezoll Widerſtand entgegenſetzten, hat die Regierung den Getreidezoll fallen laſſen. Dafür ſoll die ſogenannte

„Mehlaufſtelle“

treten. Jedes Kilo Mehl, jedes Kilo Brot würde durch die „Mehlaufſtelle“ um

15 Groschen verteuert.

Dieſe „Mehlaufſtelle“ ſoll dem Staat eine Einnahme von 90 Millionen Schilling

bringen. Wenn die Einnahme an der Mehlaufſtelle alſe in ſchon 90 Millionen Schilling beträgt, wozu aber noch die Zollerhöhungen für die Textilien und Baumaterialien kommen, ſo iſt es erwieſen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ die Arbeiter beſtogen hat. Da ſie ſchrieb, die Geſamtſumme aller Zollerhöhungen wird 80 Millionen Schilling betragen.

Die Rechnung, die die „N.-Z.“ vorlegte, iſt demnach ein Betrug. Noch Ungeheuerliches leiſtet ſich die Sozialdemokratie mit den Gegenvorſchlag zur Zollarifnovelle.

Was will dieſer Vorſchlag der Sozialdemokratie?

Die Regierung möge aus den Erträgen der Zölle 56 Millionen Schilling für die Zwecke der Arbeitsloſenverſicherung zur Verfügung ſtellen, dies würde zureichen, um die Beiträge der Arbeiter und Angehörigen ſowie die

Beiträge der Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung um zwei Fünftel (40 Prozent) zu kürzen. So wäre auch die Alters- und Invalidenversicherung in Kraft zu setzen, die einen Mehraufwand von 62 Millionen erfordert, ohne daß die Gesamtbeträge der Arbeiter und Unternehmer für die Sozialversicherung erhöht werden müßte. („N.-Z.“ vom 19. Juni.)

Dieser Vorschlag fand die sofortige Unterstützung des Vertreters der Industriellen, Dr. Weidenhofer, im Parlament.

Leicht verständlich, wenn die Bevölkerung jeden Kilo Mehl und jedes Kilo Brot um 15 Groschen teurer bezahlt, dann sind die Unternehmer ohneweiters bereit, aus dem Gelde, das aus den Taschen des Volkes kommt, die Sozialversicherung zu bestreiten, der Altersversicherung keinen Widerstand zu leisten. Aber das Volk, die Arbeiterschaft muß die Lasten selbst tragen.

Gibt es ein besseres Geschäft für die Industrie? Ist das nicht eine schamlose Hinterhältigkeit gegen das Proletariat?

Und nicht einmal dieses Geschäft vergönnt die Bourgeoisie der Sozialdemokratie. Die Großgrundbesitzer, die Herren Eferhagen, Viehstein, Straloch, Löw, Schöler, die Klütter und Sitze und Großbauern im Dorfe verlangen die vom Proletariat herausgequetschten 90 Millionen Schilling für die „bedrohte“ Landwirtschaft. Nach der Gesetzesvorlage soll jeder Grundbesitzer für jeden Hektar, der mit Brotgetreide bebaut ist, eine Anbauprämie erhalten. Sie soll

pro Hektar 153 Schilling

betragen, für Herrn Straloch z. B., der 1500 Hektar mit Getreide bebaut,

229.500 Schilling pro Jahr.

Und da wage noch jemand zu behaupten, wir haben in Oesterreich nicht den schleichenen Fascismus, der wie Giftgas alle Zweige des öffentlichen Lebens durchzieht.

Der Lohnabbau, der in Deutschland nur mit brutaler Gewalt und der indirekten Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie, den Arbeitern aufgezwungen werden soll, vollzieht sich in Oesterreich durch die staatlich organisierte und geführte geschützte Preistreibererei.

Den Arbeitslosen steht durch die 24. Novelle und durch die Mehlaufsage die Kürzung ihrer Unterstützung um 33 Prozent bevor.

Diese Mehlfleuer würde die Kürzung der Reallohne um mindestens fünf Prozent nach sich ziehen.

Und um die Arbeiter ja von jedem Widerstand abzuhalten, malt die „N.-Z.“ vom 29. Juni der Arbeiterschaft den Teufel an die Wand, indem sie die bewaffnete Macht des Staates und der Heimwehren als drohendes Unheil hinstellt, für den Fall, das die Arbeiter erbittert, wie im Jahre 1911, auf die Straße ziehen.

„Erst nachdem man die bewaffneten Banden gegen die Arbeiter ausgerüstet hat, kann man es wagen, die Proleten mit neunzig Millionen Schilling zu besteuern und diese neunzig Millionen auf alle die Starbemberge, auf alle die aristokratischen Drahtzieher der Heimwehren zu verteilen.“

Mit diesen Worten versucht die „N.-Z.“ jede Schuld an der geplanten Massenausplünderung von der Sozialdemokratie abzuwälzen, ihre feige Kapitulation vor den Geldsack zu maschieren. Möge jeder Arbeiter erkennen, daß die hinterhältige Haltung der S.P.-Führer in der Zoll- und Mehlfsteuerfrage, ein Glied der Kette der sozialdemokratischen Politik ist. Schritt für Schritt legt die Bourgeoisie ihr faschistisches Wirtschaftsprogramm durch.

Und solange die Sozialdemokratie trotz ihrer Bankrottspolitik die Unterstützung der Arbeiterschaft hat, wird die Bourgeoisie ungehindert ihrem Ziel, der faschistischen Diktatur, zustreben.

Es gibt nur einen Weg aus der Sackgasse. Schart euch um die Fahne des revolutionären Klassenkampfes. Organisiert von den Betrieben aus, den Weibestand gegen den

Mehl- und Brotwucher.

Grauenhafte Massakers des französischen Imperialismus in Indochina.

Unserm Berliner Bruderorgan „Der Kommunist“ entnehmen wir folgenden Artikel:

Während Herr Vandervelde in der sozialdemokratischen Presse die wahre Demokratie und die Friedensliebe des französischen Außenministers Briand feiert und pazifistische Kaffeetanten auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ hoffen, wadet der französische Imperialismus im unterjochten Indochina in einem Meer von Blut, um die herantreibende Revolution der unterjochten Arbeiter und Bauern Indochinas im Keime zu ersticken.

Selbst bürgerliche Blätter in Indochina, die für die loyale Zusammenarbeit mit dem französischen Imperialismus sind, schreiben über die furchtbaren Massakers der entmenschten Besatzungsbehörden. So schreibt die „Indochinesische Tribüne“ vom 28. März 1930:

„Dörfer werden beschossen und bombardiert. (Das Dorf Co-Am mit 7000 Einwohnern wurde durch fünf Flugzeuge, die 50 Bomben zu 12 Kilogramm aus niedriger Höhe abwarfen, vollkommen zerstört.)

Grauenvolle und barbarische Exekutionen finden statt: „Drei dumpfe Gongschläge. Der Henker ergreift mit beiden Händen den Säbel. Ein blinder Strahl im Morgenlicht. Ein Schlag faßt nieder. Der Kopf ist noch nicht gefallen. Die Hand des Henkers hat zweifellos gezittert. Dreimal faßt das bluttriefende Schwert auf den Hals bis es ihn durchschneidet. Die anekelnde Schlächterei wiederholt sich beim zweiten Verurteilten.“

So wurden am 8. Mai in Yen-Pai vier unserer Genossen hingerichtet: Tiep, Luong, Thuget und Hoang. 39 zum Tode Verurteilte erwarten das gleiche Schicksal.

Würdig ihrer europäischen Kumpane hat die sozialistische Föderation von Tonkin erklärt, daß „der Sozialismus und die Ordnung erfordern, daß die Schuldigen erbarmungslos verfolgt und verurteilt werden.“ Die Hand des Henkers hat gezittert, als er die vier Revolutionäre enthauptete. Nicht gezittert hat die Hand des „sozialistischen“ Führers der Föderation von Tonkin, der den Kopf der gefangenen Revolutionäre forderte.

Parteitag in Rußland.

Am 28. Juni wurde in Moskau der Parteikongreß eröffnet. Stalin hielt eine große Rede, auf welche wir noch zurückkommen werden. Die Vorbereitung des Kongresses sowie die Wahl der Delegierten stand im Zeichen des Kampfes gegen die rechte und linke Opposition. Während die rechte Opposition die Stimmung der Bauern und der Replente widerspiegelte, war das Auftreten der Trotzkisten das Echo des russischen Proletariats.

Der Generalfstreif in Spanien.

Die nach dem Sturze Primo de Riveras wiedererrwandte bürgerlich-republikanische Revolution ist im Sand verlaufen. Wenn auch die gegenwärtige Regierung Spaniens dem Proletariat nicht minder feindlich gegenübersteht als Primo de Rivera, so löste der Regierungswechsel doch einen Aufschwung der Arbeiterbewegung aus. Im Kampfe um politische und soziale Forderungen haben die spanischen Arbeiter zum Mittel des Generalfstreiks gegriffen. Hätten nicht die Herrschaftlichen Arbeiter jetzt mehr denn je nicht allen Grund, dem Beispiel des spanischen Proletariats zu folgen?

Was uns Arbeiter schreiben.

Die Eggenberger Arbeitersportktion marschiert!

Am 26. Juni kam es nach einer Werbeversammlung der Wehrsportler Eggenbergs zu spontanen Demonstrationen gegen die Arbeitermörder. Circa 60 Wehrsportler marschierten singend vor den Wohnungen der Arbeitermörder Dietrich in die Handelsstraße und des Heimatschülers (ehemaligen Stalinisten) Rudolf Stefanic, Reininghausstraße 79. Auf einmal war der Zug, der von der sozialistischen Jugend rapid vermehrt wurde, auf 150 Mann gewachsen. Immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen strömten auf die Straße. Genosse Erich Kernmayr hielt vor den Häusern zwei kurze Ansprachen, in denen die Ziele der Faschisten, die Judasrolle Stefanic, aufgezeigt wurde. Hernach forderte er die Arbeiterschaft auf, fester denn je zusammen zu stehen und unentwegt den Kampf für den revolutionären Sozialismus zu führen. Hernach marschierten die Wehrsportler geschlossen ab. Immer aufs neue lönte brausend von Proletenwohnungen die „Freundschaft“ und „Freiheits“-Rufe der Arbeiter. Und jugend scholl der Gehang durch die Straßen:

Und wenn wir alle nur einig sind —
Dann werden wir siegen,
Dann sind wir befreit
Und die roten Fahnen flattern!

Ein Arbeitersportler.

Ein Knobenter.

Aber schon ganz ärgert Sorte ist der Besitzer der zoologischen Tierhandlung Alois Jach in der Schmelzergasse 1. Seinen Geschäftsbdiener zahlte er sage und schreibe außer der Kost — fünfzehn Schilling im Monat für eine vierzehnstündige Arbeitszeit am Wochentag. Am Sonntag aber mußte er ohne Entgelt noch acht Stunden arbeiten. Der arme Teufel, ein ausgebeuteter Arbeitsloser — der gezwungen war, die Schweinerei notgedrungen zu dulden, wurde krank. Nun zeigte es sich, daß der laubere Chef ihn nicht einmal bei der Krankenkasse gemeldet hatte.

Fürwahr ein laubere Unternehmer.

Ein junger Feuerreiter.

Die „Göc“.

Immer mehr mehren sich die Klagen über das rüchliche: a-lose brutale Vorgehen der Gewerkschaftsfirma. Ein abgehauter Wehrmann ist bei einer bürgerlichen Firma und bei der „Göc“ zwei gleich kleine Beträge schuldig. Er geht zu beiden und bittet, ein wenig zu gebulden, mit kleineren Raten zufrieden zu sein. Der bürgerliche Kapitalist begnügt sich damit — die „Göc“ — egeuliert rüchlichlos. Der Wehrmann aber ist ein guter Genosse! Oder — ein arbeitsloser Schugbündler schuldet für Heberschwung und Dienstriemen 7.50 S. Er bekommt nach drei Wochen eine Zuschrift: Entweder sofort zahlen, oder sonst erfolgt die Anzeig!

Ich finde es sehr traurig, daß gerade die „Göc“ solche Umgangformen gegen ihre eigenen Genossen an den Tag legt, die jeder proletarischen Umgangform hohen sprechen.

Ein Arbeitsloser.

Der Meister Dogobila.

Einen größeren Antreiber als diesen Guhmeister der Metallwarenfabrik Ludwig am Rajenberggürtel gibt es nicht. „Gemma! Gemma! Nur nicht stehen — wir wollen doch arbeiten! Das Zausnen werd ich schon noch abbringen!“ Das sind so gewohnte Nebenarten. Dabei erhalten die Proleten bei der pestigsten Schusteri 64 bis 68 Groschen Stundenlohn! Sie, Herr Dogobila! Sie sollten sich aber schon sehr rasch bequemen, bessere, menschlichere Manieren an den Tag zu legen, denn vielleicht kommt einmal einer, der Ihr „Gemma! Gemma!“ falls vertritt.

Ein Guhkleifer.

So schauen sie aus...

In der Georgigasse 38 in Eggenberg wohnen ein paar ganz „Eifrige“. Früher waren sie die allerrötesten Stalin-Kommunisten, die je es gab. Tüchtige „Kobitalinsky“, wo ein Wirbel war. Da kam der Hahnenschwanz — und die wöghenlichen fünf Schilling — und die Amterln. Da wurde Herr und Frau Lee b auf einmal weiß-grün. Die rote Fahne verblachte. Der Sowjetstern verschwand. Getreulich folgte Herr und Frau Pachler der nahen Spur des Freibieres. Und jetzt sind die Ehrenmänner die frechsten, gemeinsten Hahnenschwänzer. Die Kudasse sind immer die ärgsten. Und... der Schilling zieht. Ein Eggenberger Arbeiter.

Die Nationalisierung...

Im Reiche der Alpine — „Jangtal“ — arbeiten im Kohlentagbau früher fünf bis sechs Arbeitspartien zu fünfzehn Mann, also zirka 90 Mann. Seit neuem sind Jagger.naschinen, fünf Stück, da. Zu deren Bedienung werden fünfzehn Mann beschäftigt. Alle andern wurden entlassen. Und die Maschinen leisten mehr als früher die 90 Mann...

Ein Bergarbeiter.

Ein Beamten-„Mücker“!

Das Arbeitslohnamt „Boitsberg“ hat ihn. Er heißt: Jehart. Letztes sagte er zu einem ausgefeuerten Zungen: „Ihr jungen Leute braucht ja überhaupt keine Unterstützung!“

Wirklich, ein feiner Vogel, der uns um die Hungergroßchen neidig ist.

Ein jugendlicher Arbeitsloser.

Ein arbeiterfreundlicher Heimwehstamerad

ist zweifellos der Mühlenbesitzer Kaspar in Boitsberg. Der, wenn er einen Arbeiter aufnimmt, läßt ihn gerade 16 bis 18 Wochen arbeiten. Dann wirft er ihn aufs Pflaster. „Ich zahle keinen Urlaub“, denkt er „und auch dem Staat muß man sparen helfen.“ Denn bei 20 Wochen beläme der Prolet am Ende gar die Unterstützung.

Dann nimmt er sich wieder neue auf. So macht er es immer. Jetzt aber hat er seit neuem Hahnenschwänzer. Die wird er wohl nicht entlassen... Ein Müllergehilfe.

Sie knallen in uns hinein...

Eggenberg gestaltet sich, dank dem Terror der Fieberbanditen, schon bald zu einem Feldlager. Es ist für einen politisch tätigen Arbeiter schon fast unmöglich, nach der Dämmerung auf der Straße zu sein. Stundenlang lauern die Banditen vor den Häusern der verschiedenen Genossen. Einmal beim Genossen Truszewitsch, dem Schugbündelkommandanten, einmal beim Genossen Kernmayr, einmal beim Genossen Harter. Am Freitag überfielen sie den Genossen Franz Potokhnik, den sie nicht unerheblich verletzten. Anlässlich des Straßenfingens der sozialistischen Jugend versuchten sie, die Kinder und Lehrlinge zu überfallen. Augenblicklich jedoch traf die Bereitschaft der Arbeitersportktion ein, die die Hahnenschwänzer zurückdrängte. Ein Vertrauensmann versuchte, an die alsbald zu hunderterten versammelten Arbeiter eine Ansprache zu halten, wurde aber von der herbeigeekilten Gendarmerie daran verhindert. In ihrem Schutze provozierten die Heimatbanditen die Arbeiter bis aufs Ungeheuerlichste, indem sie die Proleten höhnten und beschimpften. Besonders die ehemaligen Stalinisten Guimann Franz, Pachler und Leeb taten sich sehr dabei hervor. In der Nacht landten sie Provolationspatrouillen aus, die aber von den erbotenen Arbeitern weidlich verprügelt wurden. Die Gendarmerie ging besonders schneidig gegen das Proletariat vor.

Am Samstag, als Genosse Kernmayr von der Arbeitersportktion ahnungslos mit den roten Falkenführer Hubert Kerkschmittsch und dem Kinderfreunde-Funktionär Franz Kober beim katholischen Vereinshaus vorbeiging, versuchten die Arbeitermörder zu 40 Mann über die Drei herzufallen. Die Arbeiter aber waren augenblicklich am Platz, und liefen aus den Wohnungen, um den Bedrohten beizustehen. Im Nu waren

etliche Hundert versammelt, die die feigen Hahnenschwänzer verprügelten und zurüdrückten. Nun, als alles vorüber war, erschien im Laufschrift die Gendarmerie, die den Genossen Eisenbahner Seemann und den Genossen Kernmayr verhafteten.

Nun war die Empörung der Bevölkerung aufs höchste gestiegen. Abteilungen der Arbeiter marschierten vor den Posten und verlangten die Freilassung der Genossen. Die „Arbeiter-Sportsektion“ handte als Deputation ihre Genossen Harter und Gröbelbauer. Die „Rote Hilfe“ ihren Genossen Franz Hirzer zum Gendarmeriekommando.

Unterdessen legte sich der Straßenkampf bis nach Mitternacht fort. Die Hahnenschwänzer zogen auf allen Seiten Pistolen und feuerten. Die Pistolenbuben heißen:

Franz Bisjak, Kerber, Hofbauer.

Trotzdem erhielten sie überall fastige Prügel. Erst um halb 4 Uhr früh wurden die Arbeiter, gegen die kein eigentlicher Haftgrund vorlag, in Freiheit gesetzt.

Eine konstruierte Partei-geschichte.

Dr. Josef Frey verlegt sich in der letzten Zeit, offenbar fühlt er sich seinem irdischen Ende nahe, auf die Geschichtsschreibung. Und hier scheint er „ausnahmsweise“ eine geistige Autorität anzuerkennen. Nämlich Meister Stalin: der seit Jahren aus der Geschichte der KKP. eine Geschichte der Heldenrolle des Führers Stalin konstruiert. So auch Dr. Josef Frey. Er benützt die „Arbeiterstimme“ (Nr. 53 und 54 d. J.), um der Nachwelt die bolschewistische Rolle Freys in der kommunistischen Bewegung Oesterreichs zu offenbaren.

Wir wollen und können auch wegen Platzmangel nicht auf alles eingehen. Trotzdem sehen wir uns veranlaßt, auf den entscheidenden Punkt, der die politische Kleinheit der trotzkistischen Opposition betrifft, einzugehen. Frey behauptet, in erster Linie natürlich von sich, er sei der einzige Bolschewist Oesterreichs gewesen, respektive die Frey-Fraktion von den Jahren 1922/23 sei die Vorläuferin der trotzkistischen Opposition von heute. In allen Phasen des Fraktionskampfes sei Frey und seine Gruppe auf der bolschewistischen Seite gestanden.

Schon die Tatsache der heutigen Zusammensetzung der Freygruppe widerlegt Freys Konstruktion. Den 95 Prozent seiner Anhänger sind ehemalige Anhänger Tomans. Im Laufe der Jahre hat Frey mehrmals seine politische Orientierung geändert. 1922 bis 1923 war er auf die deutsche Rechte (Brandler) orientiert und unterhielt mit ihr praktische Beziehungen. Als 1923/24 die Sinowjewische Bolschewisierungslösung den Kampf gegen den Trozklismus ersetzte, stand Frey dieser Lösung gleichgültig gegenüber und überließ es Kopenig, damit sein Fraktionspöppchen zu locken. (Kurt Landau war es, der damals schon in der Bildungszentrale die Trozklhege bekämpfte, eine erste Bolschewisierung an Hand der Geschichte der KKP. forderte.)

In den österreichischen Fragen hatte die Frey-Fraktion in der Hauptsache nur tatsächliche Differenzen mit der Roman-Fraktion; insbesondere in der Gewerkschaftsfrage.

Am 7. Parteitag (1925), dem die Einigung Frey Tomann vorangegangen ist, sahen sich beide Fraktionsführer als letzte Mohikaner. Beide gaben loyale Erklärungen ab und es gab einige Monate tatsächlich nur eine FF-Fraktion. Frey war von seinen treuesten Männern verlassen.

Ein Jahr vorher (6. Parteitag) hatte Frey trotz seiner schweren Fehler noch die halbe Partei hinter sich. So groß war die Pleite. Hier sei auch erwähnt, daß die Grazer Genossen Pfenkel, Wagner, noch nichts anderes tun konnten, als die politisch bankrotte Frey-Fraktion zu verlassen. Die

Einigung Frey—Roman war die letzte Karte in einem verlorenen Spiel um die Parteiführung. Und aus seinem Bankrott macht Frey eine Tugend. In Freys Parteigeschichte überlebt die „bolschewistische Fraktion“ das Jahr 1925. Die „Arbeiterstimme“ Nr. 54 schreibt:

„1926: Wiederanschluß der 1924 zu den Zentrissen (Kopenig) abgeschwenkten Daniel*, Pfenkel, Wagner an die bolschewistische Fraktion (Frey).“

Richtig daran ist, daß die verhängnisvolle Politik Kopenigs und Schlams die halbe Partei in Aufruhr brachte. Und nur diesem Umstand verdankt es Frey mit seinem politischen Postulat: „Die Kominternpolitik ist richtig, nur über Oesterreich ist sie falsch informiert“ — daß er sich mit Roman an die Spitze dieser Oppositionsbewegung stellen konnte. Selbst im Jahre 1927 (Herbst) hat Frey noch die stalinische Komintern- und Auslandspolitik voll und ganz gedeckt und sich im letzten Moment, wieder nur in seiner letzten Konsequenz aus fraktionellen Gründen, mit der russischen Opposition solidarisiert.

Nirgends und nie zuvor hat Frey über die Grundfragen der Kominternpolitik sowie der Politik der KKP. einen kritischen Standpunkt eingenommen. Für ihn gab es einfach diese Probleme nicht. Es beschränkte sich ausschließlich auf österreichische Fragen. Auch in Fragen des innerparteilichen Regimes machte sein Kritik halt an den Grenzen Oesterreichs.

Abgesehen von Freys Fehlern in den österreichischen Fragen, die zu erörtern wir in diesem Zusammenhang für sekundär halten, ist die Position Freys durchaus nicht bolschewistisch gewesen.

Es gibt keinen nationalen Bolschewismus. Daher ist auch ein Kommunist, der in seinem Lande, wenn auch jahrelang, in Opposition zur jeweiligen Parteiführung steht, aber internationale Fragen nicht kritisch prüft, sich fraktionell nach machtpolitischen Motiven orientiert (Brandler) und, sofern er eine Meinung kundtut, durch Jahre dem Stalinismus die Ehre erweist — dem Opportunismus ebenso nahe wie dem Bolschewismus-Leninismus entfernt.

Frey will den linken Kommunisten erleben, er bemühe sich um die Vereinigung. Dazu sei festgestellt, daß wir (Mahnrufgruppe) nichts unterlassen haben, um eine Vereinigung herbeizuführen, diese aber an Freys Widerstand scheiterte. Die Zersplitterung untergräbt die gesamte Arbeit der Gruppen. Wird nicht jeder Genosse des In- und Auslandes begreifen, daß eine Einigung mit Frey niemals auf dem Boden der absolut falschen und vom opportunistischen Geiste besetzten „Partei-geschichte“ Freys vollzogen werden kann? Eine solche Einigung ließe, die Geschwäre, die am Körper des österreichischen Kommunismus haften, nach innen treiben, statt sie zu heilen.

Wir erklären vor dem Forum der internationalen Opposition: Die Vereinigung scheitert solange, als die Arbeiter der Freygruppe nicht zur Erkenntnis kommen, daß sie die Einigung mit allem Ernste wollen müssen und sich nicht mißbrauchen lassen dürfen, daß auf ihrem Rücken eine Partei-geschichte konstruiert wird, die sowohl der Wahrheit, als auch dem bolschewistischen Abc widerspricht.

Wir sind bereit, auf dem Boden einer unzweideutigen Plattform, sowohl bezüglich der Vergangenheit, als auch der Zukunft, eine geschlossene trotzkistische Opposition zu schaffen.

* Gen. Daniel bemerkt dazu, daß er niemals zu den Zentrissen (Kopenig) abgeschwenken konnte und auch nicht abgeschwenkt ist, da er sich schon im Winter 1924/25 von der Leitung der Frey-Fraktion aus kritischen Gründen zurückgezogen hatte und im Februar 1925 bis Jänner 1926 im Ausland gewesen ist.